

Tabelle 6
Nach Jugendstrafrecht Verurteilte nach Schulbildung und ausgeübter Tätigkeit zur Zeit der Tat¹⁾

Bildung/Tätigkeit	Erhebungsjahr				
	1968	1969	1970	1971	1972 ²⁾
Schulbildung					
Realschule/Gymnasium	8	6	65	268	245
Volksschule	4	6	69	374	365
Sonderschule ohne Schulbildung . . .	-	-	1	5	12
Ausgeübte Tätigkeit zur Zeit der Tat					
Schüler	6	4	48	203	180
Studierender	2	1	4	22	16
noch ohne berufliche Tätigkeit	1	3	4	23	48
(einschließlich mithelfender Familienangehöriger)					
Lehrling oder Anlernling	2	2	37	206	166
Angestellter (auch privatrechtlicher Beamter) . . .	1	1	11	48	39
Arbeiter oder Hausgehilfe	-	1	31	130	159
Sonstige	-	-	-	7	6
Soldat	-	-	-	8	8

¹⁾ Nur Verurteilte wegen Vergehen gegen das Betäubungsmittelgesetz oder daneben wegen Vergehen gegen die Abgabenordnung. - ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Teil sicherlich um erste Opfer der Drogensucht, zumal schon 1971 der Anteil dieser Gruppe bei den wegen Rauschgiftvergehen Verurteilten über dem entsprechenden Durchschnitt der wegen Verbrechen und Vergehen ohne Vergehen im Straßenverkehr verurteilten Personen lag.

Eine deutliche Verschiebung zeigt sich auch bei der Schulbildung der nach Jugendstrafrecht Verurteilten hin zur Volksschule. Dominierte zunächst das Gymnasium oder die Realschule, so haben und hatten 1971 von den Verurteilten 58 % ausschließlich die Volksschule besucht, eine Entwicklung, die sich auch 1972 fortsetzte (Tabelle 6).

Die Frauen fallen auch in diesem Bereich kaum auf

Die Frauen als der schon immer strafrechtlich unauffälligste Bevölkerungsteil, sieht man von alten Jahrgängen einmal ab, treten auch im Bereich der Rauschgiftdelikte mit 10 % der Verurteilten wenigstens statistisch kaum in Erscheinung². Bei den wegen eines besonders schweren Falles verurteilten Personen war ihre Beteiligung mit 4,6 % sogar noch geringer.

² Vgl. Die Entwicklung der Frauenkriminalität 1951 bis 1971 in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1973.

Auch bei den weiblichen Personen dominieren die jungen Jahrgänge, wobei besonders auffällt, daß die 14- bis 16jährigen die sonstigen Anteile an den Verurteilten des jeweiligen Altersbereiches mit 20% ganz erheblich übertreffen. (Tabelle 2) Bei der ausgeübten Tätigkeit zur Zeit der Tat überwiegen bei ihnen 1970 und 1971 mit Abstand die Schülerinnen, gefolgt, im Gegensatz zu den Männern, von den Angestellten. Der Wandel hin zur Volksschule bei der Schulbildung war bei ihnen 1971 jedoch ebenfalls zu beobachten.

Von dem 1972 verzeichneten spürbaren Anziehen der Strafen blieben freilich auch die weiblichen Verurteilten nicht verschont, auch wenn hier der Anteil der Freiheitsstrafen und vor allem der Jugendstrafen nicht den auf der Männerseite erreicht. (Tabellen 4 und 5).

Die Folgen des Suchtmittelbooms sind noch nicht absehbar

Daß die augenblickliche relative Beruhigung der Drogenwelle nicht dazu führen kann, daß nun das Problem als überwunden betrachtet werden kann, liegt an dem Objekt, den Drogen als suchtvorsachenden Giften. Die Weltgesundheitsbehörde kennzeichnet sie in einer Definition wie folgt: „Sie erzeugen beim Süchtigen ein übermäßiges Verlangen nach dem Gift, bringen eine Tendenz zur Erhöhung der Dosis mit sich und führen zu einer psychischen oder körperlichen Abhängigkeit von der Giftwirkung, die die Grundlage der Entziehungsercheinung bildet³. Diese Suchtgefahr ist bei den noch bevorzugten Cannabisprodukten wie dem Haschisch geringer als bei vielen anderen Suchtmitteln, insbesondere bei einmaligem oder gelegentlichem Konsum. Gefährlich jedoch sind auch sie als Schrittmacher für harte Drogen wie Heroin und andere Opiate, da dann Dauerschäden nicht auszuschließen sind. Zudem bringen die harten Drogen eine erhöhte Gefahr schwerer Kriminalität, sowohl im Hochgefühl des Rausches wie auch als Folge der Sucht mit sich. Aus diesen Gründen werden die Probleme der Rauschgiftwelle, die im Augenblick noch eine Art Jugendkriminalität ist und noch als Haschischwelle bezeichnet werden kann, in den kommenden Jahren erst auf uns zukommen. Es sei hier nur auf die erhöhte Zahl der Suchtkranken, damit verbunden die sich nach polizeilichen Ermittlungen schon abzeichnende zunehmende Organisation krimineller Dealer, das Problem der Frührentner und die zunehmende Kriminalität in Verbindung mit den Suchtmitteln hingewiesen.

Assessor Wolfdieter Hillmann

³ Vgl. Hans Göppinger, Kriminologie, S. 158.

Traditioneller Obstbau und moderne Plantagenwirtschaft im Widerstreit

Bei der Grunderhebung zur Landwirtschaftszählung 1971/72 wurden in Baden-Württemberg 37 400 Betriebe ab 0,5 ha Gesamtfläche gezählt, die über Obstanlagen verfügen, bei der Landwirtschaftszählung 1960 dagegen nur 26 000. Zwar sind die jüngsten Zählungsergebnisse mit den früheren Nachweisungen nicht uneingeschränkt vergleichbar¹, doch zeigt die Gegenüberstellung, daß der Obstbau in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben im vergangenen Jahrzehnt trotz der Rodungsaktionen der letzten Jahre beträchtlich an Terrain gewonnen hat: rund 25 000 ha Obstanlagen weist heute die Bodennutzungserhebung aus, davon 20 200 ha in

¹ Als Obstanlagen wurden bei der LZ 1972 die Flächen mit der „Hauptnutzung Obst“, bei der LZ 1960 dagegen die „ausschließlich obstbaulich genutzten Flächen“ erfaßt; ferner erfolgte die Gliederung damals nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN), 1972 aber nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF).

Betrieben ab 0,5 ha Gesamtfläche gegenüber nur gut 8000 im Jahr 1960. In diesen Zahlen spiegelt sich das Resultat der vielfältigen landespolitischen Bemühungen wider, im Rahmen des Generalobstbauplans aus dem althergebrachten Liebhaber- und Selbstversorgeranbau einen modernen Plantagenobstbau zu entwickeln, der dem scharfen Wettbewerb mit den übrigen Erzeugerländern der EWG gewachsen ist. Bei den genannten Flächen handelt es sich hauptsächlich um geschlossene Obstanlagen, nicht etwa um die verstreuten Obstbäume auf Baumwiesen, -äckern, Haus- und Kleingärten. Der Zuwachs an Betrieben und Flächen bezieht sich somit vorwiegend auf den modernen Erwerbsobstbau, was auch daraus ersichtlich ist, daß die Zunahmequoten mit wachsender Betriebsgröße ansteigen: in der Größenklasse von 20 bis unter 50 ha LF nahm die Zahl der Betriebe mit Obstanlagen relativ

Tabelle 1
Betriebe¹⁾ mit Obstanlagen nach Größenklassen der Landwirtschaftlich genutzten Fläche

Größenklassen nach der LF ha	1972			1960		
	Be-triebe mit LF insg.	darunter mit Obstanlagen		Be-triebe mit LN insg.	darunter mit Obstanlagen	
		Be-triebe	Obstan-lagen ha		Be-triebe	Obstan-lagen ha
	1000					
0 bis unter 2 .	93,6	15,0	4,0	131,4	11,4	2,6
2 bis unter 5 .	48,1	6,9	3,1	90,4	6,1	1,6
5 bis unter 10 .	41,4	6,5	4,2	71,0	5,0	1,5
10 bis unter 20 .	40,2	6,5	5,8	39,1	2,8	1,2
20 bis unter 50 .	16,1	2,4	2,6	8,4	0,6	0,8
50 und mehr . . .	0,8	0,1	0,5	0,7	0,1	0,4
Insgesamt	240,2	37,4	20,2	341,0	26,0	8,1

¹⁾ ab 0,5 ha Gesamtfläche.

doppelt so stark wie in der von 10 bis unter 20 ha und fast zehnfach so stark wie in der von 5 bis unter 10 ha. LF. Bei der Baumobstfläche verzeichnet die Betriebsgruppe von 10 bis unter 20 ha LF den relativ größten Zuwachs vor den Größenklassen 20 bis unter 50 bzw. 5 bis unter 10 ha LF (Tabelle 1). Um diese Entwicklung voll zu würdigen, muß man bedenken, daß sie sich in einer Zeit vollzogen hat, in der die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe bei gleichzeitiger Verlagerung vom kleinbäuerlichen zum mittel- und großbäuerlichen Betrieb im ganzen um fast ein Drittel abnahm. Schaltet man die allgemeine Strukturentwicklung aus, so wird die beobachtete Strukturverschiebung des Erwerbsobstbaus zum mittel- und großbäuerlichen Betrieb nur noch deutlicher. Heute stellt die Betriebsgruppe von 10 und mehr ha LF ein Viertel aller Obstbaubetriebe und rund 36% der als Obstanlagen genutzten Flächen. Im Durchschnitt verfügt ein Betrieb dieser Gruppe über 2,6 ha Obstfläche: die Voraussetzungen für einen modernen, rationellen Obstbau sind hier gegeben. Andererseits gehören ebenfalls 40% der Obstbaubetriebe noch der Gruppe der kleinbäuerlichen und Kleinbetriebe unter 2 ha LF an; sie beanspruchen allein 30% der Fläche aller Obstanlagen, obwohl im Durchschnitt auf einen dieser Betriebe nur rund 0,5 ha Obstfläche entfallen. Selbstverständlich reicht die Obstfläche je Betrieb als Intensitätskriterium nicht aus, doch läßt sich zumindest daraus schließen, daß die Umstellung auf modernen Verkaufsanbau erst teilweise vollzogen ist. Genauere Aufschlüsse über die Struktur der Obstanlagen werden die Ergebnisse der Anfang dieses Jahres durchgeführten Garten-

Tabelle 2
Bestände an Obstbäumen nach Standortgruppen
Obstbaumzählung 1965

Obstart	Bäume insgesamt	Davon Standortgruppe		
		I (Intensiv-Obstbau)	II Konventioneller Obstbau einschl. Streuobst	III (Haus- und Kleingärten)
		1000		
Äpfel	17 163	3 988	9 986	3 189
Birnen	4 541	312	2 588	1 641
Süßkirschen	1 619	88	1 199	332
Sauerkirschen	546	167	203	176
Pflaumen, Zwetschgen	5 287	239	3 185	1 862
Mirabellen, Renekloden	436	20	174	242
Aprikosen	44	1	13	31
Pfirsiche	1 010	89	441	480
Walnüsse	342	4	234	104
Insgesamt	30 988	4 908	18 023	8 057

bauerhebung 1972/73 liefern. Aber schon jetzt bestätigt ein Blick auf die Anbau- und Erntestatistik die Zählebigkeit des traditionellen Obstbaus.

Drei Zehntel der Apfelbäume stehen in Intensivanlagen

Der Geamtbestand an Obstbäumen in Baden-Württemberg wurde zuletzt anlässlich der Obstbaumzählung 1965 mit rund 31 Mill. festgestellt. Überraschenderweise ergab sich damals, daß von rund 31 Mill. Obstbäumen allein 58% auf den konventionellen und Streuobstbau in der freien Feldflur (Standortgruppe II) und weitere 26% auf Haus- und Kleingärten (Standortgruppe III), aber erst 15% auf moderne Intensivanlagen (Standortgruppe I) entfielen (Tabelle 2); dabei wurden offensichtlich die größten Fortschritte in der Umstellung auf moderne Intensivanlagen im Apfelbau erzielt, während beim Steinobst der Intensivanbau zahlenmäßig auch heute noch kaum ins Gewicht fällt. Aber auch von den Apfelbäumen befanden sich damals erst 23%, von den ertragsfähigen Apfelbäumen sogar nur 18% in modernen Intensivanlagen. Durch die Neupflanzungen der Jahre 1965 bis 1970 (Tabelle 3) und die anschließenden Rodungsaktionen hat sich das Verhältnis inzwischen weiter zugunsten des Intensivanbaus verschoben:

Tabelle 3
Erwerbsmäßige Neupflanzungen an Baumobst

Pflanzjahr	Neupflanzungen insgesamt		Davon				
			Äpfel	Birnen	Kirschen	Pflaumen und Zwetschgen	Sonstige
	ha	1000 Bäume					
1965/66	1 112	625,5	571,9	12,2	22,8	12,8	5,8
1966/67	816	489,7	421,2	21,2	38,2	6,9	2,2
1967/68	804	569,5	507,2	6,1	39,8	13,3	3,1
1968/69	361	376,7	352,0	4,0	15,0	4,2	1,5
1969/70	320	355,3	329,3	4,8	17,6	2,1	1,5
Insgesamt	3 413	2 416,7	2 181,6	48,3	133,4	39,3	14,1

da es sich bei den neu gepflanzten Apfelbäumen ausschließlich um Niederstämme handelte, die etwa vom dritten bis vierten Jahr an regelmäßig tragen, erhöhte sich der Bestand an ertragfähigen Apfelbäumen in Intensivobstanlagen zwischen 1965 und 1972 um rund 2 Mill. oder 82,5% auf knapp 4,3 Mill.; bis 1975 dürfte er möglicherweise sogar auf 5 Mill. weiter ansteigen, obwohl in den zwei letzten Jahren keine nennenswerten Neupflanzungen erfolgten. Demgegenüber überwiegen im konventionellen Obstbau (Standortgruppe II) die mit EWG- und Landesmitteln bezuschußten oder im Rahmen von Flurbereinigungen erfolgten Rodungen. Der Abgang an Hoch- und Halbstämmen in dieser Standortgruppe wird aber gewöhnlich überschätzt; nach den Beihilfeunterlagen des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt belief er sich 1971 und 1972 auf reichlich eine halbe Mill. und 1972/73 auf weitere 200 000 Hoch- und Halbstämme, während sich im Bereich der Haus- und Kleingärten (Standortgruppe III) der alte Bestand wohl im wesentlichen gehalten hat. Gegenüber 1965 ermäßigte sich damit der Anteil der ertragfähigen Apfelbäume im konventionellen Anbau (einschl. Haus- und Kleingärten) am Gesamtbestand von 82% auf rund 70%, während der der Intensivapfelbäume (Standort I) von 18% auf 30% anstieg und bis 1975 mehr als ein Drittel des Gesamtbestands betragen dürfte. Diese Umschichtung ist zweifellos imponierend, zumal bei Außerachtlassung der Haus- und Kleingärten schon jetzt 36%, bis 1975 voraussichtlich über 40% der Apfelbäume in Intensivanlagen stehen. Indessen ist einfach nicht zu übersehen, daß der althergebrachte Obstbau nach den Bestandszahlen noch immer das größere Gewicht hat.

Tabelle 4
Obsternte 1972
(Ergänzende Erntemittlung)

Obst	Ertragsfähige Bäume (1000 Stück)	Ertrag je Baum kg	Ernte insgesamt (1000 dz)	Dar. zum Verkauf als Verwertungsobst (1000 dz)	Dagegen Ernte insgesamt	
					1971	1970
					1000 dz	
Äpfel	14405	30,8	4441,1	997,0	10 650,6	9 047,1
dar. Standortgruppe I	4269	33,7	1 438,2	200,2	2 080,9	1 415,7
dar. Standortgruppe II und III	10 136	29,6	3 002,9	796,8	8 569,7	7 631,4
Birnen	3846	52,7	2 026,8	533,1	3 371,3	3 880,6
Kernobst	18 251	35,4	6 467,9	1 530,1	14 021,9	12 927,7
Süßkirschen	1 228	10,5	129,0	19,2	983,9	859,8
Sauerkirschen	415	10,5	43,7	14,1	91,2	74,0
Pflaumen und Zwetschgen	4 458	23,5	1 047,6	188,0	1 542,4	1 992,7
Mirabellen und Renekloden	391	12,9	50,5	9,0	115,4	143,9
Aprikosen	37	4,9	1,8	0,0	4,1	2,8
Pfirsiche	848	3,8	32,2	3,6	220,3	177,1
Steinobst	7 377	17,7	1 304,8	233,9	2 957,3	3 250,3
Walnüsse	282	4,6	12,9	0,2	49,3	48,8
Baumobst insgesamt	25 910	30,0	7 785,6	1 764,2	17 028,5	16 228,8

Intensivanlagen stellen 1972 erstmals ein Drittel der Apfelernte

Nun kann man natürlich die Baumbestände nicht mit der Ernte oder gar dem Marktangebot gleichsetzen, da die durchschnittlichen Baumerträge mit den Bewirtschaftungsformen und -intensitäten bekanntlich stark schwanken. Diese Ertragsunterschiede kommen in den Berichterstatterschätzungen und ergänzenden Erntemessungen aber indirekt deutlich zum Ausdruck (Tabelle 4). Danach brachte das Jahr 1972 mit knapp 7,8 Mill. dz die bisher kleinste Baumobsternte seit Anfang der 60er Jahre, weil beim Kernobst wie beim Steinobst die durchschnittlichen Baumerträge an den bisher niedrigsten Schwellen lagen: mit 1,3 Mill. dz entsprach die Steinobsternte dem seither schwächsten Erntejahr 1962, während die Kernobsternte mit nicht ganz 6,5 Mill. dz die bisher niedrigste Jahresernte 1961 (6,0 Mill. dz) nur unwesentlich übertraf. Die Apfelernte blieb mit 4,44 Mill. dz allein um 58% hinter der Vorjahresernte und sogar um 75% hinter der Rekordernte von 1969 (17,6 Mill. dz) zurück. Bemerkenswert sind nun in diesem Zusammenhang die unterschiedlichen jährlichen Ertragsschwankungen in den einzelnen Standortgruppen: im Apfelintensivanbau wurden nämlich im letzten Jahr gegenüber der Ernte von 1971 bzw. 1969 knapp 70%, aber im konventionellen Apfelanbau nur 35% bzw. 19% erzielt. Die Ernteschwankungen waren somit im konventionellen Obstbau erheblich größer als im modernen Plantagenanbau und demgemäß schwankte auch dessen Anteil an der Gesamternte beträchtlich: 1968 = 19%; 1969 = 12%; 1970 = 16%; 1971 = 20%; 1972 = 33%. Die Tendenz ist zwar steigend, und im Jahr 1972 stellte der moderne Intensivanbau immerhin ein Drittel der Gesamternte, doch war dies nur dem durch Witterungsungunst, Schorfbefall und dergleichen verursachten, außergewöhnlich niedrigen Ernteergebnis im konventionellen Bereich zu verdanken. Für normale Erntejahre ist auch künftig mit einem Ernteanteil des konventionellen Obstbaus an der Gesamtapfelernte von mindestens 70 bis 80% zu rechnen.

Auch der konventionelle Obstbau liefert Tafeläpfel

Bei den offensichtlichen Sorten- und Qualitätsunterschieden zwischen den Standortgruppen ist die Höhe der Gesamternte noch nicht gleichbedeutend mit der Marktproduktion, zumal beim konventionellen Apfelanbau ein großer Teil der Produktion schon von der Sorte her nur als Verwertungsobst geeignet ist. Setzt man diese Mengen (aufgrund des Sorten-

spiegels in der Ertragsstichprobe) ab, so ergibt sich die Produktion an Tafeläpfeln gemäß Tabelle 5. Danach lieferte der konventionelle Obstbau im Mittel der Jahre 1966/72 immerhin etwa 59% der Gesamtproduktion an Tafeläpfeln, bei allerdings abnehmender Tendenz und erheblichen jährlichen Schwankungen, die wohl im wesentlichen aus der bekannten Ertragsalternanz resultieren. Erst die außergewöhnlich schwachen Baumerträge der Standortgruppen II und III im Jahr 1972 ließen den Anteil der modernen Intensivanlagen an der Gesamtproduktion von Tafeläpfeln ausnahmsweise auf über die Hälfte (60%) ansteigen.

Nun ist gewiß die Obstqualität im modernen Intensivobstbau anders zu beurteilen als in den Tafelobstbeständen des konventionellen Apfelanbaus. Das zeigt auch die Verwendungsschätzung unserer Obstbausachverständigen, die im Standort I etwa 80 bis 84%, in den Standortgruppen II und III dagegen nur 50 bis 55% der Gesamtapfelernte als Eßobst ausweist. Die konkreten Mengen von Eßobst nach der Verwendungsschätzung decken sich aber weitgehend mit der mittels objektiver Erntemessung festgestellten Produktion an Tafeläpfeln, und umgekehrt entspricht die von den Berichterstattern geschätzte Menge des Verwertungsobstes der bei der Erntemessung festgestellten Quantität an Wirtschaftsobst. Es kann somit kein Zweifel daran bestehen, daß die Größenordnung der Produktion von Tafelobst einerseits und Wirtschaftsobst andererseits zutreffend wiedergegeben ist. Danach wurden im

Tabelle 5
Produktions- und Preisentwicklung bei Tafel- und Wirtschaftsäpfeln

Jahr	Tafeläpfel			Wirtschaftsäpfel			
	Ernte insgesamt	darunteraus Standortgruppe		Durchschnittspreis für Eßobst DM/dz	Ernte insgesamt	dar. zum Verkauf als Verwertungsobst	Durchschnittspreis für Verwertungsobst DM/dz
		I (Intensivanbau)	II + III (Konventioneller Anbau)				
1000 dz				1000 dz			
1966	2535,0	977,5	1557,5	41	3 143,3	1 461,0	13
1967	4 680,2	1 295,9	3 384,3	28	9 947,7	4 740,2	6
1968	2 604,9	1 218,9	1 386,0	35	3 642,8	1 516,2	9
1969	6 032,0	2 108,4	3 923,6	24	11 529,8	5 809,3	5
1970	3 333,7	1 415,7	1 918,0	36	5 713,4	2 645,9	8
1971	4 450,7	2 080,9	2 369,8	38	6 199,9	3 089,0	9
1972	2 422,3	1 438,2	984,1	64	2 018,8	997,0	24

Mittel der Jahre 1966/72 rund 6 Mill. dz Wirtschaftsobst erzeugt (das sind gut sechs Zehntel der Gesamtproduktion), bei einer Schwankungsbreite von 2 Mill. dz (1972) bis 11,5 Mill. dz (1969) oder 45 bis 66% der Gesamtproduktion. Selbst wenn man den beträchtlichen Eigenverbrauch in den Betrieben und die bekannte Verbrauchselastizität der Erzeugerhaushalte bei wechselnder Erntehöhe in Ansatz bringt, müssen diese Mengen die Marktverhältnisse ganz entscheidend beeinflussen. Der konventionelle Obstbau mit seiner typischen Ertragsalternanz beeinflusst somit die Markt- und Preisentwicklung in zweifacher Hinsicht, aber in der gleichen Entwicklungsrichtung: einmal unmittelbar über das aus diesem Bereich anfallende Tafelobst, zum anderen mittelbar über das Wirtschaftsobst. Die in *Tabelle 5* dargestellten Preisreihen (durchschnittliche Verwertungspreise loco Hof nach der Berichterstatterschätzung) lassen die Zusammenhänge unmittelbar erkennen. Bei der Größenordnung des konventionellen Obstbaus müssen die baden-württembergischen Tafelobsterzeuger mit diesem Faktum zweifellos auch in den kommenden Jahren leben. So wie der althergebrachte Obstbau Ende der 60er Jahre mit seinen großen Ernten die allgemeine Obstkrise hauptsächlich mit verursachte, hat er auch im letzten Jahr durch seine schwachen Erträge zur Marktstabilisierung wesentlich beigetragen. Bei den gegebenen Produktionskapazitäten könnte sich aber schon in diesem oder im nächsten Jahr die Situation wieder umkehren. Die ersten Erntevorschätzungen deuten bereits auf eine überdurchschnittliche Kernobsternte 1973 hin. Trotz aller Fortschritte im Intensivobstbau verdienen daher die traditionellen Obststandorte, auch im Hinblick auf das Wirtschaftsobst, volle Aufmerksamkeit.

Verwertungsobst – eine Herausforderung

Unser Land befindet sich dabei gegenüber den anderen Bundesländern in einer besonderen Lage: stammen doch im Bundesgebiet im mehrjährigen Durchschnitt allein 40% der Gesamtapfelernte und fast die Hälfte der Verkaufsmengen des konventionellen Apfelanbaus aus Baden-Württemberg, das andererseits nur 27 bis 29% der Bundesernte aus Apfelintensivanlagen stellt. Vom gesamten Wirtschaftsobst wird zwar ein beträchtlicher Teil (bei Äpfeln etwa die Hälfte) in den Erzeugerhaushalten selbst verwertet; gleichwohl stehen im Mittel der Jahre jeweils knapp drei Zehntel der Apfel-, Birnen- und Süßkirschenernte, rund vier Zehntel der Sauerkirschenernte und ein Fünftel der Pflaumen- und Zwetschgenernte für industrielle Verarbeitungszwecke zum Verkauf an: das sind durchweg (außer bei Pflaumen und Zwetschgen) höhere Prozentanteile als im Bundesdurchschnitt. Schließlich liefert Baden-Württemberg bei Birnen reichlich die Hälfte, bei Äpfeln und Süßkirschen vier Zehntel, bei Pfirsichen, Pflaumen und Zwetschgen ein Drittel bis ein Viertel der gesamten heimischen Rohstoffe für die industrielle Verwertung im Bundesgebiet. Selbst in dem schwachen Erntejahr 1972 fielen in Baden-Württemberg 3,4 Mill. dz Verwertungsobst oder 41% der Gesamtbaumobsternte zum Verkauf an; im Jahr 1969 waren es sogar 6,9 Mill. dz oder 31%. Es handelt sich demnach beim Wirtschaftsobst um einen erheblichen Teil der Produktionskapazität unseres Obstbaus, der nicht nur als ständiger Störungsfaktor für den Tafelobstmarkt Beachtung verdient, sondern als Aktivposten in das Gesamtsystem einer modernen Obstwirtschaft integriert werden sollte.

Dr. Rudolf Stadler

Personalstand der öffentlichen Verwaltung am 2. Oktober 1972

Der Exekutive sind heute – neben dem Vollzug der Gesetze und den traditionellen Ordnungs- und Sicherungsaufgaben – mit den in die Zukunft wirkenden Planungs- und Gestaltungsaufträgen neue und umfassende Tätigkeitsbereiche zugefallen. Sie schafft die Voraussetzungen für ein gesundes Wachstum der Wirtschaft, fördert deren volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sucht Interessengegensätze auszugleichen. Die öffentliche Verwaltung schützt die Schwachen und gewährt soziale Leistungen. Diese Entwicklung zum sozialen Rechtsstaat mit seiner umfassenden Daseinsvorsorge hat die frühere Eingriffsverwaltung immer mehr zur Leistungsverwaltung neuen Stils gewandelt. Der Zusammenhang, das Ineinandergreifen, die gegenseitigen Bindungen und Verflechtungen des öffentlichen Bereichs mit dem privatwirtschaftlichen sind wesentlich stärker als früher. Unter diesen Aspekten gewinnt die alljährlich – allerdings in wechselnder Breite¹ – durchzuführende Personalstand-Statistik des öffentlichen Dienstes zunehmend an Bedeutung. Sie gibt einerseits der Verwaltung Orientierungsdaten und Leitlinien für personalpolitische Entscheidungen, andererseits hat die personalwirtschaftliche Entwicklung maßgeblichen Einfluß auf das Volumen der Personalausgaben.

Jeder 8. Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst

Die öffentliche Hand – Bund (einschl. Bundesbahn und Bundespost), Land, Gemeinden und Gemeindeverbände – ist der größte Arbeitgeber in Baden-Württemberg, denn am 2. Oktober 1972 waren 463 841 Personen – Beamte, Ange-

stellte und Arbeiter – im öffentlichen Dienst beschäftigt. Gemessen an der Gesamtzahl der am 27.5.1970 gezählten Erwerbstätigen des Landes in abhängiger Stellung waren die öffentlichen Bediensteten mit 12,2 % beteiligt; das bedeutet, anders ausgedrückt, daß jeder 20. Einwohner und nahezu jeder 8. Arbeitnehmer heute vollbeschäftigt im Dienste dieser Gebietskörperschaften steht. Darüber hinaus sind noch 48 139 Teilzeitkräfte im Bundes-, Landes- und Kommunaldienst tätig. Von dieser Gesamtzahl entfallen 147 607 Vollbeschäftigte auf den Bund, 185 015 auf die Behörden und Einrichtungen des Landes, 131 219 gehören der Kommunalverwaltung (jeweils einschl. deren Wirtschaftsunternehmen) an. Betrachtet man die öffentliche Verwaltung als Dienstleistungsgruppe innerhalb des umfassenderen Dienstleistungssektors (*Tabelle 2*), dann zeigt sich, daß der Beschäftigtenanteil der Gebietskörperschaften (Bund – ohne Bundesbahn und Bundespost-, Land und Gemeinden / Gv.) sich innerhalb der letzten 20 Jahre nahezu verdoppelt hat (1950: 12,8 %, 1970: 22,5 %). Dies resultiert vor allem aus der stark erhöhten Versorgung der Bevölkerung im Bildungs- und Erziehungsbereich sowie im Bereich des Gesundheitswesens.²

Gegenüber dem Vorjahr ist die Landesverwaltung mit 8908 (+ 5 %) neuen Bediensteten am stärksten angewachsen, eine Erscheinung, die seit Jahren, wenn auch in unterschiedlicher Höhe, zu beobachten ist. Die Zugänge beim Bundespersonal entsprechen in etwa der durchschnittlichen Gesamtwachstumsrate der drei Ebenen mit 3,3 %. Der Personalstand der Kommunen dagegen hat sich mit 1 % nur geringfügig ausgeweitet. Von den rund 150 000 im Lande Baden-Württemberg be-

¹ Gesetz über die Finanzstatistik vom 8. Juni 1960 (BGBl. I S. 322)

² Vgl. Hierzu auch den Beitrag über „Die Dienstleistungsbereiche in Baden-Württemberg“ in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 4/1/73.